

10.02.2003

## **Antrag**

**der Fraktion CDU**

**Nordrhein-Westfalen schafft ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsschulen**

### **Der Landtag beschließt:**

Anstelle der geplanten „offenen Ganztagsschule“ beginnt das Land mit der flächendeckenden und bedarfsgerechten Einführung von wirklichen Ganztagsschulen. Die Landesregierung orientiert sich dabei an den unstreitigen konstitutiven Kriterien der Ganztagsschule.

Mit der Einführung der Ganztagsschule wird nach entsprechenden Bedarfsermittlungen zuerst an Haupt- und Grundschulen in Regionen mit sozialen Brennpunkten begonnen.

Zur Verstetigung eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbaus von Ganztagschulen legt das Land bis 2010 ein „Sonderprogramm Ganztagsschule“ auf. Seine Finanzierung erfolgt durch Umschichtungen im Haushalt in einer Höhe von insgesamt 900 Mio. Euro im Zeitraum von 2003 bis 2010. Mit durchschnittlich 112,5 Mio. € jährlich wird der mindestens 20%ige Mehrbedarf an Lehrkräften für Ganztagsschulen bestritten. Damit können beispielsweise bis zu 350 zweizügige Hauptschulen und mehr als 700 dreizügige Grundschulen in Ganztagsschulen umgewandelt werden.

Die in den nächsten fünf Jahren in NRW zur Verfügung stehenden Bundesmittel von insgesamt 914 Mio. € werden zur Gänze den kommunalen Schulträgern für die komplementären Investitionen im Schulbaubereich zur Verfügung gestellt.

### **Begründung**

Als Reaktion auf die PISA-Studie hat die Bundesregierung das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ initiiert. Das Programm umfasst einen Gesamtförderbetrag von 4 Mrd. Euro, der den Bundesländern über fünf Jahre zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung steht. Dem Land Nordrhein-Westfalen werden in den kommenden vier Jahren rund 914 Mio. Euro aus dem Programm zur Verfügung gestellt.

In Nordrhein-Westfalen soll nach den Plänen der Landesregierung ab dem Schuljahr 2003/04 die sogenannte „offene Ganztagsschule“ eingeführt werden. Das Ziel ist die Einfüh-

Datum des Originals: 10.02.2003/Ausgegeben: 10.02.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

zung von Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Zur Finanzierung der von der Landesregierung benannten zusätzlichen Personalkosten von 1.230 Euro pro Kind und Jahr wird das Land 615 Euro und jeweils 0,1 Lehrerstellen pro 25 Kinder-Gruppe zur Verfügung stellen. Die Kommunen sollen die fehlenden Mittel in Höhe von 410 Euro finanzieren. Zur Erwirtschaftung dieser Mittel können die Kommunen bestehende Betreuungsangebote zugunsten der Ganztagsbetreuung an Grundschulen auflösen und zusätzlich einen Elternbeitrag von bis zu 100 Euro einfordern.

Das Konzept der Landesregierung wird den qualitativen Ansprüchen an eine Ganztagschule nicht gerecht. Die sogenannte „offene Ganztagschule“ ist keine Ganztagschule. Das Projekt der Landesregierung wird deshalb von allen betroffenen Verbänden kritisiert und abgelehnt.

Der DGB bewertet in seiner Stellungnahme ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot als wesentlichen Schritt hin zu mehr Chancengleichheit im Bildungswesen. In dem von der Landesregierung vorgelegten Konzept sieht er jedoch keine Antwort auf die Herausforderungen durch PISA. Diese Antwort könne nur durch eine wirkliche Ganztagsgrundschule geboten werden, nicht aber durch die geplante Erweiterung bloßer Betreuungsmaßnahmen. Der Philologenverband und der Realschullehrerverband lehnen es ab, mit Bezug auf das Konzept der Landesregierung ernsthaft von „Ganztagschule“ zu sprechen. Beide Verbände empfehlen den Schulen und Schulträgern ausdrücklich, das Regierungsangebot der sogenannten „offenen Ganztagschule“ nicht anzunehmen. Der Verband Bildung und Erziehung nennt das Konzept der Landesregierung „eine Mogelpackung“, deren Inhalt nicht hält, was das Etikett verspricht. Mit dem Konzept wird nach Bewertung des VBE die Chance vertan, schrittweise standort- und bedarfsbezogene Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept und einer adäquaten Lehrerausstattung einzurichten. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Nordrhein-Westfalen lehnt das Konzept der Landesregierung als eine rein quantitative Betreuungsausweitung ab, die zu einem „Flickenteppich“ verschiedener Bausteinangebote führe. Der Städtetag Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass das Konzept der Landesregierung keine nachhaltige Verbesserung im Bildungsbereich fördert und nicht den nach PISA notwendigen Anforderungen an die qualitative Verbesserung der Schulen entspricht. Zudem bürde es den Kommunen organisatorische und finanzielle Lasten auf, die sie nicht tragen können.

In der Landtagsdrucksache 13/1310 (Antrag der CDU-Fraktion „Bildung und Erziehung für unsere Kinder sicherstellen. Familien stärken. Ganztagschulen flächendeckend einführen. Kinderbetreuungsangebote weiterentwickeln“) werden konkrete Vorschläge zur inhaltlichen und konzeptionellen Gestaltung von Ganztagschulen vorgestellt. Sie entsprechen den Grundsätzen der Ganztagschule, die auch in den angeführten Verbandsstimmungen erneut bekräftigt werden. Die Lehrerinnen und Lehrer benötigen mehr Zeit für die Kinder, um eine gezielte Förderung der individuellen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen zu ermöglichen. Schüler mit Erziehungs- und Bildungsdefiziten und auch besonders begabte Schüler bedürfen gezielter individueller Förderung. Unbeschadet der fortbestehenden Verantwortung der Schulen ist bei den Ganztagschulen eine Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe sowie Kultur- und Sporteinrichtungen dringend erforderlich.

Eine bloße Betreuungsverlängerung in den Nachmittag hinein führt weder zu mehr Bildungsqualität, noch zu mehr Chancengerechtigkeit. Konstitutiv für die Ganztagschule sind:

- Ein ganzheitliches pädagogisches Konzept
- Ganztägige Beschulung mit ausgebildeten Lehrern
- Die zeitliche Entzerrung und Rhythmisierung des Unterrichts
- Die sinnvolle Verzahnung des Unterrichts mit unterrichtsergänzenden und –fremden Aktivitäten und Angeboten
- Erweiterte Angebote im sportlichen, sozialen, kreativen und kulturellen Bereich

- Verstärkte individuelle Förderung von Lernschwachen und Hochbegabten
- Abbau sozial bedingter Benachteiligungen bei den Bildungschancen
- Verlässliche Unterrichts- und Freizeiten auch durch Einbindung der bisherigen Hausarbeiten in die Ganztags-Schulzeiten

Dr. Jürgen Rüttgers  
Bernhard Recker  
Dr. Heinz-Jörg Eckhold  
Marie-Theres Kastner  
Herbert Reul  
Michael-Ezzo Solf  
Ursula Doppmeier  
Klaus Kaiser  
Marie-Theres Ley  
Hans-Martin Schlebusch

und Fraktion